

Billig ist nicht der Maßstab

Die Bilder rüttelten auf: Beim Einsturz des Rana-Plaza-Hochhauses in Bangladesch starben vor vier Jahren 1129 Textilarbeiter, etwa doppelt so viele wurden verletzt. Mit dem Europa-abgeordneten Arne Lietz (SPD), einem der Initiatoren für ein Gesetz, das Modeunternehmen zu einem verantwortlicheren Handeln zwingen soll, sprach Adrienne Uebbing.

Was hat sich an den Produktionsstandorten verändert? Gibt es Unterschiede in den Ländern?

Lietz: In Bangladesch hat sich seit dem Unglück recht viel getan. Ein Beispiel von vielen ist der »Bangladesch Accord« zur Verbesserung des Brandschutzes und der Gebäudesicherheit in Bangladesch – ein rechtlich bindendes Abkommen zwischen den internationalen Gewerkschaften IndustriALL und UNI Global, Gewerkschaften in Bangladesch sowie internationalen Marken und Einzelhändlern.

Bisher ist Bangladesch das Land, in dem die meisten Initiativen stattgefunden haben, andere produzierende Länder wie Indien oder Pakistan hängen da noch weit hinterher. Aber auch in Bangladesch werden weiterhin Armutslöhne gezahlt oder Arbeitnehmerrechte verletzt. Deswegen brauchen wir eine europäische Gesetzgebung, denn Handelspolitik ist Europapolitik.

Das EU-Parlament hat vor wenigen Tagen mit 505 Ja-Stimmen bei 49 Gegenstimmen und 57 Enthaltungen die



Arne Lietz in seinem Heimatort Wittenberg

Foto: privat



Protestaktion zum Jahrestag der Tragödie: 2014 legten sich Demonstranten auf den Berliner Kurfürstendamm – bedeckt von Pappschildern mit den Namen der Unternehmen, die im Rana Plaza produzieren ließen. Der Welthandelsorganisation zufolge kommen mehr als 70 Prozent der EU-Textil- und Bekleidungsimporte aus Asien. Auftraggeber sind weltweit vertretene Markenhersteller auf der Suche nach niedrigen Preisen und kurzen Produktionszeiten. Foto: epd-bild

EU-Kommission aufgefordert, die Modeunternehmen per Gesetz zu einem verantwortlicheren Handeln in den Produktionsländern zu zwingen. Wie soll das konkret aussehen?

Lietz: Wie schon bei dem Gesetzesvorschlag zu den Konfliktmineralien sollen die Unternehmen verpflichtet werden, ihre Lieferketten nachzuvollziehen. Dazu sind im Februar 2017 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Leitsätze für verantwortungsvolle Lieferketten von Bekleidung und Schuhen veröffentlicht worden, also ein Verhaltenskodex für weltweit verantwortliches Handeln von Unternehmen.

In diesen Leitsätzen werden die Sorgfaltspflichten für die Lieferketten definiert und Empfehlungen für verantwortliches Unternehmensverhalten bezüglich Transparenz, Arbeitsbeziehungen oder Umwelt gegeben. Die europäische Gesetzgebung soll sich an diesen OECD-Leitsätzen orientieren.

Was kann die EU – abgesehen vom angestrebten Gesetz – tun, um solche Katastrophen in Zukunft zu vermeiden? Lietz: Die EU kann vor allem in ihren Handelsverträgen mit den einzelnen Staaten darauf beharren, dass international anerkannte Arbeitnehmerrechte

in den Verträgen verankert und in der Praxis implementiert werden. Außerdem können die EU-Institutionen bei sich selbst ansetzen und ihre öffentliche Beschaffung von Textilien an nachhaltigen Kriterien ausrichten. Im Europäischen Parlament haben wir bereits Fair-Trade-Kaffee, warum dieses nicht auf die Textilien ausweiten?

Nicht nur die Institutionen sind gefragt. Wie können wir als Christen verantwortlich handeln bzw. einkaufen?

Lietz: Wir sollten uns zunächst fragen: Brauchen wir dieses eine Kleidungsstück unbedingt? Brauchen wir quantitativ mehr Kleidung oder brauchen wir qualitativ bessere Kleidung? Dann sollten wir uns immer beim Kauf fragen: Wo kam dieses Kleidungsstück her, wer konkret hat es produziert? Dazu gibt es eine tolle Initiative von Fashion Revolution: »Who made my clothes?«

Wenn wir mehr hinterfragen, wo und unter welchen Bedingungen unsere Kleidung hergestellt wird, ist ein erster Schritt getan. Dann können wir uns über Labels und fair produzierende Unternehmen informieren und

feststellen, dass ein Fair-Trade-T-Shirt nicht teurer sein muss als ein normales Marken-T-Shirt.

Bei Modemarken ist das Image entscheidend – doch die Marke ist kein Garant für gute Produktionsbedingungen. Wie können sich Verbraucher hierzulande informieren?

Lietz: Es gibt zum Beispiel den vor Kurzem veröffentlichten Transparenz-Index von Fashion Revolution, in dem

»Wir sollten uns zunächst fragen: Brauchen wir dieses eine Kleidungsstück unbedingt«

aufgestellt wird, welches Unternehmen wie weit seine Lieferketten offenlegt.

Können Sie ein Umdenken seitens der Bekleidungsindustrie feststellen?

Lietz: Leider haben nur sehr wenige Unternehmen ihr Geschäftsmodell umgestellt. Viele Unternehmen produzieren weiter unter schlechten Bedingungen. Die freiwilligen Initiativen (die teilweise von den Unternehmen mitgetragen werden) greifen nicht tief genug, bzw. führen nicht zur Verbesserung der Arbeits- und Umweltstandards. Deswegen die Forderung nach einer Gesetzesinitiative auf europäischer Ebene.